

Okinawa – Stützpfeiler des Pazifischen Sicherheitssystems

Gabriele Vogt

Okinawa ist der Stützpfeiler des bilateralen Sicherheitsbündnisses zwischen Japan und den USA. Die Inselpräfektur hält einen Anteil von 0,6% an der Gesamtfläche Japans, trägt aber einen Großteil der Lasten, die sich aus der praktischen Umsetzung der japanischen Sicherheitspolitik ergeben. Zusätzlich zu Einheiten der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte sind in der Präfektur Okinawa 65% des in Japan stationierten US-amerikanischen Militärpersonals beheimatet. Gar 75% der Fläche, die das US-Militär in Japan nützt, liegen auf okinawischem Terrain. Militärs und Politiker der USA und Japans begründen diese Konzentration militärischer Macht auf Okinawa mit der günstigen strategischen Lage der Inseln. Innerhalb eines relativ leicht erreichbaren Aktionsradius liegen die Philippinen, Taiwan, die Volksrepublik China, die koreanische Halbinsel, die japanischen Hauptinseln sowie weitere US-Stützpunkte auf Hawaii. Für die Bevölkerung Okinawas bringt eine derart außerordentlich hohe Konzentration an militärischer Präsenz massive Einschränkungen der Lebensqualität mit sich. Diese äußern sich konkret etwa in Lärmbelästigungen, Straßenblockaden und militärischen Sperrgebieten inmitten von Städten und Siedlungen oder in Umweltverschmutzungen, wie beispielsweise das erhöhte PCB-Aufkommen in Onna. Lange Jahre wurden diese Beeinträchtigungen ohne Proteste, die breite Gesellschaftsschichten umspannt hätten, hingenommen. Doch die Vergewaltigung einer 12-jährigen Schülerin durch drei US-Soldaten im September 1995 löste eine Welle des Widerstandes innerhalb der Bevölkerung Okinawas aus. Der Protest richtete sich gegen die andauernde Präsenz des US-Militärs auf den Inseln, gegen die Unterstützung dieser Stationierungspolitik durch die nationale Regierung Japans sowie in letzter Konsequenz damit auch gegen den bilateralen Sicherheitsvertrag, der die Grundlage der Stationierung von US-Soldaten in Japan darstellt.

Diese Protestbewegung zeigt deutlich die Interdependenz zwischen Japans innen- und sicherheitspolitischen Konzepten auf. Die nationale Regierung Japans erweist sich in sicherheitspolitischen Fragen, d.h. konkret in der Landgarantie für den Bündnispartner, auf eine seiner kleinsten Präfekturen angewiesen. Aus dieser Abhängigkeit ergibt sich ferner, dass sich auch die Realisierung des bilateralen Sicherheitsbündnisses zwischen Japan und den USA, also eine Frage von internationaler Bedeutung, bis zu einem gewissen Grad an der Haltung Okinawas orientieren muss. Da diesem bilateralen Bündnis der Ruf voraus eilt, es sei gleichzusetzen mit einer Art „NATO Asiens“, lässt sich der Bogen weiterspannen und die Behauptung aufstellen, Okinawa sei der Stützpfeiler des Sicherheitssystems im asiatisch-pazifischen Raum. Etwas weniger provokant formuliert drängt sich die Frage auf, ob das japanisch-amerikanische Bündnis – und damit einer der am stärksten stabilisierenden sicherheitspolitischen Faktoren der Region – ohne Okinawa denkbar und gestaltbar wäre. Die folgende knappe Fallstudie zu Okinawa wird sich – dem Thema der Tagung treu bleibend – auf Interessen und Identitäten konzentrieren. Die Analyse interner Geschehnisse Okinawas (1995-2000) und die daraus folgenden Interdependenzen mit den weiteren Aktionspartnern Japan und USA sollen im Vordergrund stehen.

Okinawa: Identität & Interessen

Ein kurzer Blick in die Historie Okinawas bzw. der Inselgruppe der Ryūkyū lässt erahnen, dass viele Bewohner Okinawas ihre eigene Identität nicht unproblematisch als japanische identifizieren werden. Eine Jahrhunderte lange Zeit friedlicher Koexistenz mit den Nachbarstaaten, ein tributpflichtiges, aber begünstigtes Verhältnis zum chinesischen Reich sowie großer Reichtum der Inseln als führende Handelsdrehscheibe im Pazifik nahmen ihr Ende nach der Invasion durch den Shimazu-Clan aus der japanischen Provinz Satsuma im Jahre 1609. Mit dem so genannten Ryūkyū-Shobun, einem politisch und völkerrechtlich mehr als fragwürdigen Vorgehen, wurden die Ryūkyū 1879 offiziell zu einem Teilgebiet des japanischen Staates gemacht. Manche Wissenschaftler – natürlich v.a. aus Okinawa stammende – sehen darin den Auftakt des japanischen Imperialismus, der erst 1945 zu stoppen war. Mit der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg fiel Okinawa unter US-amerikanische Verwaltung. Die Inseln wurden nicht, wie die japanischen Hauptinseln bereits 1952 in die Souveränität entlassen, sondern erst 1972 an Japan rückgegliedert. Doch auch danach blieb ein, wenn nicht de jure, so doch de facto Sonderstatus Okinawas erhalten. Die Inseln gelten bis

heute als einer der wichtigsten amerikanischen Militärstützpunkte der asiatisch-pazifischen Region. Okinawas Historie zeigt sich insgesamt gezeichnet von der Vorherrschaft großer, einflussreicher Nachbarstaaten: China, Japan und den USA.

Von vielen Bewohnern Okinawas wird als ein Charakteristikum der Ryūkyū-Kultur der friedliebende Charakter des Inselvolkes, der so genannte Okinawa-Pazifismus, angeführt. Ihm obliegt die zentrale Stellung als *Okinawa no kokoro* (Herz Okinawas). Dieses habe sich in den letzten Jahren aus den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der Erinnerungen an die Geschehnisse der Schlacht um Okinawa erneut herausgebildet (Ōta 1996). Die Wurzeln des Okinawa-Pazifismus lägen jedoch schon in der Zeit des alten Ryūkyū-Königreichs begründet. Schließlich habe sich Karate, die waffenlose Kunst der Selbstverteidigung, gerade auf Okinawa perfektionieren lassen, da die Menschen dort keine Waffen trugen. Auch Napoleon wusste schon um das waffenlose Volk und fragte erstaunt: „*Point d'armes! Mais, sans armes, comment se bat-on?*“ (Keine Waffen! Aber wie kämpft man ohne Waffen?) (Kerr 2000: 259). Der freiwillige Charakter dieses pazifistisch anmutenden Zustandes ist jedoch durchaus anzweifelbar. Wahrscheinlich ist die Ursache der Waffenlosigkeit in Okinawa ein Verbot des Waffenbesitzes, ausgesprochen vom Daimiyat in Satsuma, das die Ryūkyū-Inseln tributpflichtig gemacht hatte und wohl zurecht Angst vor gewaltsamen Aufständen besaß. Eine der Traditionen Okinawas, der Okinawa Pazifismus als historisch gefestigte Größe, erweist sich also – nach meinem momentanen Kenntnisstand – als „Traditionalismus“ (Antoni 1991), eine im Nachhinein erfundene Tradition. Diese bildet aufgrund der Wertvorstellungen, die sie transportiert, jedoch die philosophisch-idealistische Grundlage für die Motivation einer mächtigen Bürgerbewegung, die ganz Okinawa und die sicherheitspolitisch Verantwortlichen Japans und der USA seit 1995 in Atem hält.

Diese Bewegung setzt sich für den Abzug der US-Streitkräfte von Okinawa und eine Revision des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages ein. Nachdem bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren ähnlich starke, massenbasierte Demonstrationen und Aktionen die Inseln in Aufruhr versetzten, kann im Hinblick auf die Bewegung nach 1995 von einer Renaissance der Friedensbewegung gesprochen werden. Hervorgegangen ist die neue Gruppe aus Landbesitzern, die der weiteren Verpachtung ihrer Grundstücke an das US-Militär nicht weiter zustimmen wollten, aus Lehrern, Schülern und Studenten, aus Gewerkschaftlern und aus *Okinawan Women Act Against Military Violence* (OWAAMV), einer Frauenvereinigung um Takazato Suzuyo und Itokazu Keiko, zwei okinawischen Politikerinnen. Auffällig bei der Protestbewegung der 1990er-Jahre erscheint, dass sie nicht, wie ihre Vorgängerinnen, in Konfrontation steht mit vielen Lokal- und Regionalpolitikern Okinawas. Einige der verantwortlichen Politiker Okinawas, allen voran der bis Ende 1998 amtierende Gouverneur Ōta Masahide, solidarisierten sich mit den Bürgern und ihrem Protest. Ōta verfolgte diese Linie zweigleisig. Zum einen boykottierte er die Unterzeichnung von Pachtverträgen, die eine weitere Stationierung des US-Militärs garantiert hätten. Es folgte der Weg durch juristische Instanzen, bis er schließlich im August 1996 von dem Obersten Gerichtshof Japans dazu verurteilt wurde, seine Unterschrift unter die Verträge zu setzen. Zum anderen motivierte er auch die Bevölkerung Okinawas, ihren Protest der Straßen politisch zu kanalisieren. So wurden beispielsweise in den Jahren 1996 und 1997 Referenden zu Fragen der Zukunft der amerikanischen Militäranlagen auf Okinawa abgehalten. Mit einer zunehmenden regionalen Politisierung der Bevölkerung steigt nicht nur das Bedürfnis nach einer direktdemokratischen Partizipation am politischen Willensbildungsprozess; auch das Selbstverständnis der Lokalpolitiker wandelt sich. Das direktdemokratische Element gibt ihnen die Möglichkeit, eine, wenn auch themenspezifische und zeitlich limitierte, Oppositionsrolle zu übernehmen. Die Lokalpolitiker verstehen sich – insbesondere in Okinawa – seit Mitte der 1990er-Jahre weniger als lokale Verwalter einer zentralen Tōkyōter Politik, denn vielmehr als Anwälte der Bevölkerung in den Kommunen und Regionen, deren Interessen es gegenüber Tōkyō zu vertreten gilt. Das Selbstbild der Politiker und somit auch die politische Kultur Japans als solche erweisen sich ausgehend von den Regionen als im Wandel begriffen.

Interdependenz Naha – Tōkyō

Okinawa, eine der kleinsten Präfekturen Japans, und die nationale Regierung Japans stehen zueinander in einem Verhältnis von Interdependenz. Es scheint, als bestünde ein stilles Abkommen zwischen den beiden Aktionspartnern. Landgarantie gegen Finanzspritzen, so könnte dieses Abkommen schlagwortartig gefasst werden. Der japanische Staat gewährt Okinawa seit der Rückgliederung der Inselpräfektur an das Hauptland umfassende finanzielle Unterstützungen. Diese so genannten Wirtschaftsförderpläne erstrecken sich über eine Laufzeit von jeweils zehn Jahren. Die beiden ersten Wirtschaftsförderpläne der Jahre 1972 bis 1991 hatten zum Ziel, die Ungleichheiten der Lebensbedingungen und der Wirtschaftskraft zwischen Okinawa und dem Hauptland zu korrigieren und die grundlegenden Bedingungen eines sich

selbst tragenden ökonomischen Fortschritts zu verbessern. Nach Ablauf der Förderzeit des zweiten Zehnjahresplans lag das Pro-Kopf-Einkommen in Okinawa immer noch erst bei 72% des nationalen Durchschnitts; die Arbeitslosenquote war mit 7,6% mehr als doppelt so hoch als im nationalen Durchschnitt. Ein dritter Wirtschaftsförderplan wurde notwendig. Seine Laufzeit erstreckt sich noch bis ins Jahr 2002. Das dritte Aktionsprogramm widmet sich neben den bisherigen Zielen auch der Förderung traditioneller okinawischer Industrien und Handwerkskünste sowie dem Ausbau der subtropischen Inselpräfektur zu einem Zentrum des Tourismus im japanischen Inlandsverkehr. Die Wirtschaft Okinawas steht derzeit auf drei Säulen: dem expandierenden Tourismus, der Stützpunktwirtschaft – Einnahmen aus Verpachtung von Ländereien, Konsumausgaben der Soldaten und Einkommen der okinawischen Basenarbeiter – und den Zuwendungen aus Japan. Als problematisch erweist sich Okinawas starke Abhängigkeit von den Finanzhilfen Tōkyōs. Die finanzielle Abhängigkeit der Präfektur Okinawa von der Zentralregierung ist etwa doppelt so hoch wie der nationale Durchschnitt der Interdependenzen von Präfektur und Zentrale (Vogt 2000: 25).

Da Tōkyō selbst auch in Abhängigkeit vom Wohlwollen Nahas steht, ist Okinawas Position gegenüber der nationalen Regierung keine allzu schlechte. Bei Verhandlungen um eine Intensivierung der Wirtschaftshilfe wurde von Okinawa stets die „Stützpunkt-Karte“ gespielt. Die Präfektur, die einen Großteil der Verteidigungslast des japanischen Staates trägt und somit von vitaler Bedeutung für die nationale Sicherheit Japans ist, weiß seine Bedeutung geschickt einzubringen. Überspannt wurde der Bogen der konfrontativen Verhandlungstaktik letztlich vom ehemaligen Gouverneur Okinawas Ōta Masahide. Er bekundete kurz nach einem Referendum in der okinawischen Stadt Nago seine Sympathie mit der mehrheitlich geäußerten Meinung, keine neuen US-Militär-Stützpunkte mehr auf Okinawa bauen zu lassen, und brachte Tōkyō damit in die fatale Situation, eine mit den USA bereits getroffene Vereinbarung zurückzunehmen und die praktische Umsetzung des Bauvorhabens verschieben zu müssen. Tōkyō reagierte auf diesen Druck aus der Präfektur mit massivem Gegendruck, sperrte zunächst alle wirtschaftlichen Zuwendungen an die Präfektur und brach kurz darauf auch alle politischen Kontakte zur Okinawa Präfekturregierung ab. Erst Monate später, nach der Wahl Inamine Keiichis zum Gouverneur, normalisierte sich das Verhältnis zwischen Tōkyō und Naha. Die politische Macht, das Potenzial, Druck auszuüben und den Aktionspartner zum Einlenken zu zwingen, liegt in diesem Interdependenzverhältnis eindeutig bei der nationalen Regierung in Tōkyō.

Interdependenz Tōkyō – Washington

Nicht bei Tōkyō liegen die Vorteile in dem sicherheitspolitischen Interdependenzverhältnis zwischen Japan und den USA. Die Richtlinien des bilateralen Bündnisses werden von den USA vorgegeben. Tōkyō bleibt dabei oft nur die Rolle, Vorgaben aus Washington hinzunehmen und im eigenen Land innenpolitisch gegen große Widerstände – v.a. aus Okinawa – letztendlich mit aller Macht durchzusetzen, um die Stabilität des Bündnisses nicht zu gefährden. Beispielhaft für diese manchmal kaum manövrierbare Lage Tōkyōs waren die Auswirkungen des so genannten Nye Reports in Japan. Joseph Nye, bis Ende 1995 hochrangiges Mitglied des amerikanischen Verteidigungsministeriums, publizierte im Februar des gleichen Jahres ein Thesenpapier, das ein Festhalten an der Präsenz von 100.000 amerikanischen Soldaten in Asien manifestierte. Er begründete die Notwendigkeit des Status quo mit der Bedrohung für die Region durch die koreanische Halbinsel; sein Vorgesetzter, der damalige Verteidigungsminister William Perry, hob die Gefahren hervor, die von der Volksrepublik China ausgingen. Beide jedoch waren sich einig darin, dass Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region nur durch Mitwirken der USA zu erreichen sei. Dennoch habe auch Japans Beihilfe bei diesem Prozess erheblich zu sein: Die Hälfte der in Asien stationierten US-Soldaten sollten weiterhin in Japan bleiben; die Belastungen für Okinawa würden bei einem gleichzeitigen Festhalten am gegenwärtigen System des innerjapanischen *burden-sharing* nicht verringert werden. Offensichtlicher als Argumentationen über die sicherheitspolitische Notwendigkeit für die andauernde Stationierung von US-Militärs in Japan erscheint jedoch der Kostenfaktor: Für die USA ist es günstiger, ihre Soldaten in Japan stationiert zu haben als im eigenen Land. Japan übernimmt einen beträchtlichen Teil der Stationierungskosten (Johnson 1999: 120-121).

Doch nicht nur gegen den innenpolitischen Widerstand musste Japan so manche bündnispolitische Entscheidung, die unter US-Federführung zustande gekommen ist, mittragen. Auch außenpolitische Widerstände gegen Aspekte des bilateralen Bündnisses zwischen Japan und den USA zeigten sich in den letzten Jahren. Insbesondere die Diskussion um *shūhen jitai hōan*, das Gesetz über die Lage in der Umgebung Japans, einen Teil der so genannten *New Guidelines*, der ergänzenden Richtlinien aus den späten 1990er-Jahren zum Sicherheitsbündnis, rief international Verwirrung hervor. Dieses Gesetz könnte, sollte ein sicherheitspolitischer Ernstfall in der Umgebung Japans – ein geographisch bislang nicht exakt definierter

Begriff – vorliegen, ein Eingreifen Japans in diesen Konflikt, etwa in Korea oder Taiwan, fordern. Insbesondere historische Ressentiments gegen Japan brachen bei seinen asiatischen Nachbarn nach der Veröffentlichung dieser Vereinbarung auf. Offen bleiben also die Fragen, ob Japan weiterhin seine Bündnistreue zu den USA über alle innenpolitische Querelen, die sich aus der praktischen Gestaltung dieses Bündnisses ergeben, stellen wird und wie die asiatischen Nachbarn auf weitere Veränderungen in diesem bilateralen Bündnis reagieren werden.

Fazit

Die Fallstudie über Okinawa als den „heimlichen“ Stützpfeiler des pazifischen Sicherheitssystems zeigt, dass diese kleine, wirtschaftlich unbedeutende Präfektur durchaus Tôkyôs außenpolitische Verpflichtungen und seine sicherheitspolitischen Konzeptionen, insbesondere was die Interdependenz zwischen Japan und den USA betrifft, zu erschüttern vermag. An Brisanz gewinnt Okinawas Aufbäumen gegenüber Japan durch die nicht geklärte Frage nach einer regionalen Identität Okinawas. Der vielbeschworene Okinawa-Pazifismus erweist sich zwar lediglich als Traditionalismus, ist aber aufgrund seiner Wirkung als Motor des Massenwiderstands gegen Tôkyô nicht zu unterschätzen. Ferner geht von Okinawa derzeit eine Veränderung der politischen Kultur Japans aus: Lokalpolitiker finden ein neues Selbstverständnis, das sie nicht länger als Befehlsempfänger Tôkyôs darstellt, sondern ihnen eine eigenständige Rolle als „Präfekturvater“ zuspricht. Dennoch hat sich auch im Falle Okinawas gezeigt, dass in einer Konfliktsituation innerhalb einer Interdependenzstruktur der stärkere Partner sich durchsetzen wird. Der Präfektur Okinawa ist es bisher nicht gelungen, innen- oder sicherheitspolitische Richtlinien Tôkyôs entscheidend zu verändern. Dies mag auch begründet sein in der engen sicherheitspolitischen Interdependenz zwischen Tôkyô und Washington.

Literatur

- Antoni, Klaus (1991): „Tradition und ‚Traditionalismus‘ – Ein kulturanthropologischer Versuch“. In: *Japanstudien, Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*. München: Iudicium: 105-128
- Gabe, Masaaki (2000): „Okinawa Summit No Solution To U.S. Military Base Issue“. In: *Japan Quarterly* 47/1: 10-16
- Johnson, Chalmers (1999): *Okinawa: Cold War Island*. Cardiff: Japan Policy Research Institute
- Kerr, George H. (2000): *Okinawa. The History of an Island People*. Boston / Rutland, Vermont / Tokyo: Tuttle Publishing
- Mendl, Wolf (1995): *Japan's Asia Policy. Regional security and global interests*. London / New York: Routledge
- Nabers, Dirk (2000): *Kollektive Selbstverteidigung in Japans Sicherheitsstrategie*. Hamburg: Institut für Asienkunde
- Nakano, Yoshio und Arasaki, Moriteru (1996): *Okinawa sengoshi*. Tokyo: Iwanami Shoten
- Ôta, Masahide (1996): *Okinawa no kokoro*. Tokyo: Iwanami Shoten.
- Smith, Sheila (2000): *Local Voices, National Issues. The Impact of Local Initiative in Japanese Policy-Making*. Ann Arbor: Center for Japanese Studies The University of Michigan
- Viotti, Paul R. und Mark V. Kauppi (1997): *International Relations and World Politics. Security, Economy, Identity*. Upper Saddle River, New Jersey: Simon & Schuster
- Vogt, Gabriele (2000): „Japans Stiefkind Okinawa – Diskussionen um eine wirtschaftliche Neuorientierung“. In: *Japan Markt* 2000/2: 25-26
- Vogt, Gabriele (2001): „‘Okinawa no kokoro’ und die Renaissance der Friedensbewegung“. In: *Minikomi* 2001/1: 5-13